

Parlament erklärt «Klimanotstand» zur dringlichen Forderung

Kantonsrat Das Klima sorgte in der gestrigen Ratssitzung für einen heftigen Schlagabtausch. Bürgerliche warfen den Linken vor, mit dem Thema bloss Wahlkampf zu machen und «Kindersoldaten zu manipulieren».

Ruedi Baumann

Auf der Tribüne sassen ein paar als Eisbären verkleidete Jugendliche, draussen skandierten gegen 100 Junge: «Klimanotstand jetzt sofort!» Dazu aufgerufen hatten die jungen Grünliberalen zusammen mit der Schülerorganisation Klimastreik. Nach einer hektischen Debatte beschloss der Rat mit 80 Stimmen die Dringlichkeit von zwei Postulaten aus GLP und SP – nötig sind 60 Stimmen. Sie fordern die Ausrufung eines Klimanotstands im Kanton Zürich. Die Regierung soll ab sofort «jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen». SP, Grüne, GLP, AL, EVP und BDP unterstützten die Dringlichkeit; FDP, SVP, CVP und EDU waren dagegen.

Abstimmung nach der Wahl

Erreicht ist damit aber noch nicht viel, auch wenn die Eisbären auf der Tribüne klatschten – und von der Ratspräsidentin zurechtgewiesen werden mussten. Der Regierungsrat hat nun fünf Wochen Zeit für eine Antwort. Erst dann kann der Kantonsrat über die Postulate abstimmen. Angesichts der bloss 80 Stimmen – der Rat zählt 180 Mitglieder – ist eine Mehrheit unsicher. Zudem findet die Abstimmung nach den Wahlen statt.

Die 22-jährige SP-Kantonsrätin Hannah Pfalzgraf aus Mettmenstetten verlangt im SP-Postulat, dass der Regierungsrat eine Strategie ausarbeitet, um bis



Jugendliche demonstrieren vor dem Rathaus für die Ausrufung eines Klimanotstands. Foto: Sabina Bobst

2030 die Senkung der CO₂-Nettoemission auf 0 anzustreben und bis 2050 zu erreichen. Die Grünliberalen um Sonja Gehrig (Urdorf) fordern ebenfalls einen Klimanotstand, wie ihn Los Angeles, Vancouver, London oder Basel ausgerufen haben.

FDP: Alles nur Wahlkampf

Gespannt war man auf die Reaktion der FDP, nachdem diese sich in den letzten Wochen auch noch als Klimapartei zu verkaufen ver-

suchte. Doch FDP-Parteipräsident Hans-Jakob Boesch (Zürich) konterte die Postulate eiskalt: «Es ist nicht Notstand, es ist Wahlkampf.» Boesch warf den Postulanten vor: «Sie bewirtschaften das Klimaproblem lieber, statt es zu lösen.» Ausgerechnet die Linken würden es der bürgerlichen Regierung überlassen, mit Massnahmen gegen die Klimaveränderung vorzugehen, «der gleichen Regierung, der sie vorwerfen, sie mache in der Kli-

mapolitik nichts». Boesch weiter: «Wenn Notstand herrscht, dann bei der SP.»

Farid Zeroual (CVP, Adliswil) sprach von «Spiegelfechtereie und Blendwerk». Dass die Postulate ausgerechnet zwei Wochen vor den Wahlen eingereicht würden, sei eine «entlarvende Selbsterklärung». Das eigentliche Killerargument gegen die Dringlichkeit der Postulate brachte Thomas Lamprecht (EDU, Basersdorf vor: Mit der Dringlich-

erklärung gewinne man ein paar Wochen, das Klima dagegen sei uralte. Und: «CO₂ ist kein Gift, sondern ein wichtiges Naturgas.» EDU-Kollege und Landwirt Hans Egli (Steinmaur) doppelte nach: «Kühe essen Gras, wer Rindfleisch isst, leistet einen ökologischen Beitrag zur Pflege der Schweiz.»

Schüler motivieren Politiker

Auf der Tribüne wurden die Eisbären immer unruhiger. Als René Isler (SVP, Winterthur) den Postulanten vorwarf, sie würden «Kindersoldaten manipulieren», brodelte es. Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) konterte: «Es sind die Schülerinnen und Schüler, welche uns Politiker instrumentalisieren und uns Beine machen.» Daniel Sommer (EVP, Affoltern a.A.) sprach an die FDP gewandt von einem «Lippenbekenntnis, das bald wieder in der Gossi – äh Gosse – landen wird».

Roland Alder (GLP, Ottenbach) sagte: «Ich schäme mich vor den Jugendlichen für diese Argumente aus dem Rat.» Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen) erklärte auf die Vorwürfe der FDP, die dringlichen Postulate würden nur auf Panik machen, statt konkrete Vorschläge einzubringen: Die umweltbewusstesten Parteien hätten schon eine ganze Reihe von Vorstössen eingereicht zu erneuerbaren Energien, Solaranlagen, Kerosinsteuer oder Gebäudesanierungen. «Doch alle diese Vorstösse dümpeln vor sich hin, weil die Bürgerlichen sie ablehnen oder auf Zeit spielen.»

Mehr Prämienverbilligung, aber vorerst nur ein bisschen mehr

Gesetzesänderung Der Kantonsrat will, dass der Mittelstand entlastet wird. Wie stark, wird das Volk entscheiden.

Die Grünliberalen spielten gestern eine entscheidende Rolle im Kantonsrat: Einmal stimmten sie mit der Linken, einmal mit der Rechten. Es ging um ein neues Gesetz, das die Prämienverbilligung im Kanton regelt – deren Modalitäten sowie die Höhe des Betrags, der zur Verfügung steht. Zurzeit sind es über 900 Millionen Franken, wovon 503 Millionen vom Bund und 402 Millionen vom Kanton kommen.

Seit 2012 stellt der Kanton nur noch 80 Prozent des Bundesbeitrags bereit. Mitte-links möchte diese frühere Sparmassnahme rückgängig machen und beantragte, im Gesetz einen Kantonsbeitrag von 100 Prozent der Bundessubvention festzuschreiben. So müsste der Kanton etwa 90 Millionen zusätzlich für Prämienverbilligungen ausgeben. SVP und FDP finden das finanzpolitisch unzumutbar, und mit Unterstützung von BDP, EDU und GLP ergab sich im Rat eine komfortable Mehrheit für die Beibehaltung des Status quo.

Das letzte Wort in dieser Frage hat allerdings das Volk. Denn die CVP hatte vorsorglich eine Volksinitiative lanciert, die eine Erhöhung auf 100 Prozent fordert. Die nötigen Unterschriften

sind bereits gesammelt, auch dank Mithilfe der AL. Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) zeigte sich gestern siegessicher: «Diese Abstimmung werden wir gewinnen.» Mit dem zusätzlichen Geld könnte vor allem der untere Mittelstand entlastet werden. Er leidet besonders unter den stetig steigenden Prämien.

Streitfall Sozialhilfebezüger

In einem zweiten umstrittenen Punkt des Gesetzes blieben SVP und FDP mit ihrer Haltung allein, für einmal setzte sich Mitte-links durch. Und das kann die AL als ihren Erfolg verbuchen. Sie hatte nämlich vor einiger Zeit beim Zürcher Staatsrechtsprofessor Thomas Gächter ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Resultat jetzt in das Gesetz einfließt. Die AL störte sich daran, dass ein immer grösserer Teil des Verbilligungstopfs dafür verwendet wird, die Prämien von Ergänzungsleistungs- und Sozialhilfebezüger zu übernehmen sowie Schuldscheine zu decken; inzwischen braucht der Kanton Zürich dafür fast die Hälfte des Geldes.

«Gemäss dem Gächter-Gutachten darf der Bundesbeitrag nur für Prämienverbilligungen,

Prämienverbilligung

Angaben in Franken

Steuerbares Einkommen	IPV aktuell	IPV neu*
Einzelpersonen (1 Erwachsene/r)		
0	1680	3355
10000	1680	2226
30000	0	0
Ehepaare (2 Erwachsene)		
0	4296	6710
15000	4296	4594
30000	2976	2477
50000	0	0
Alleinerziehende (mit 1 Kind)		
0	2832	4440
15000	2832	3077
30000	2208	1714
55000	0	0
Familie (2 Erwachsene, 2 Kinder)		
0	6600	8880
15000	6600	7177
30000	4416	5473
55000	0	2634

* nach neuem Gesetz

■ mehr } Individuelle Prämienverbilligung
■ weniger }

Grafik: san / Quelle: Gesundheitsdirektion

nicht aber für Prämienübernahmen gebraucht werden», erklärte Kaspar Bütikofer (AL, Zürich); für diese Übernahmen müsse allein der Kanton aufkommen.

Alle Parteien ausser FDP und SVP folgten dieser Argumentation und beschlossen einen entsprechenden Passus. Ab 2021, wenn das Gesetz voraussichtlich in Kraft tritt, muss der Kanton deshalb jährlich rund 8 Millionen mehr für die Prämienverbilligung ausgeben. Daniel Häuptli (GLP, Zürich) setzte sich für diese Lösung ein. «Weil sonst jene Leute verlieren würden, denen das Geld heute dank der Prämienverbilligung gerade noch so reicht.» Häuptli findet die «Querfinanzierung der Sozialhilfe auf dem Buckel der Prämienverbilligungsbezüger» unfair.

Kompromisse nötig

Hinter dem neuen Gesetz steckt viel Arbeit. Die vorbereitende Kommission unter Präsident Claudio Schmid (SVP, Bülach) hat sich mehr als zwei Jahre damit befasst. Sie hat einige Kompromisse geschlossen, sodass aus der einstigen Sparvorlage der Regierung ein Gesetz wurde, das in den Grundzügen alle gutheissen können. Die SP rühmte sich, es

mit ihren Anträgen massgeblich verbessert zu haben. «Die Höhe der ausbezahlten Beträge ist zwar zu tief, doch der Verteilmechanismus ist gut», sagte Esther Straub (SP, Zürich).

So erhalten junge Erwachsene in Ausbildung weiterhin Prämienverbilligung, ausser es handelt sich um sogenannte Mercedes-Kinder, also Kinder gut gestellter Eltern. Der Regierungsrat wollte auf Kosten dieser Gruppe 40 Millionen Franken umverteilen, nun sind es bloss 20 Millionen, die anderen Bezüger zugutekommen.

Die Kommission und ihr folgend der Rat haben zudem verhindert, dass Alleinerziehende deutlich weniger Geld erhalten, und sie sorgten dafür, dass weiterhin 30 Prozent der Bevölkerung von Prämienverbilligungen profitieren. Die Regierung hingegen wollte die untersten Einkommensschichten mehr unterstützen – auf Kosten des Mittelstandes. Schliesslich wird die Berechnung der Beträge gerechter: Statt auf einem Stufenmodell basiert sie neu auf einem jährlich vom Regierungsrat festgelegten Eigenanteil.

Susanne Anderegg

Wahlkrampf

Die AL macht Mut – oder Angst

Kurz vor den Wahlen sind nicht alle happy, doch es gibt welche, die haben einfach Glück.

Drei Wochen lang waren die 180 Kantonsrätinnen und Kantonsräte nun hypernervös wegen des berüchtigten TA-Rankings der grössten Schwätzerinnen, Schwänzer, Abweichterinnen und Vorstossproduzierer. Weil der TA erstmals auf Daten des Kantonsrats zugreifen durfte, wurden neben dem TA-Kantonsratsteam auch die Parlamentsdienste intensiv bearbeitet. Das gestern veröffentlichte Ranking machte dann zwei Wochen vor den Wahlen nicht alle happy – vor allem jene nicht, die nachweislich am häufigsten abwesend gewesen waren. Was die Zahlen und Ranglisten verschweigen, sei hier nachgeholt. Mehrere der Spitzenreiter waren krank und fielen Wochen und Monate lang aus. Darunter **Linda Camenisch** (FDP), die während einer Chemotherapie drei Monate krankgeschrieben war, **Rico Brazero** (BDP) mit Gleichgewichtsstörungen, Tumor und Hüftoperation sowie **Hansueli Züllig** (SVP), der nach einem Unfall längere Zeit in die Reha musste. (rba)

Man könnte meinen, die Alternative Liste habe Glück. Das Glück, über Kandidaten und Kandidatinnen mit Namen zu verfügen, die zu prägnanten Wortspielen einladen – im Wahlkampf ein unschätzbarer Vorteil. Man kann sich das Seufzen jener PR-Profis gar nicht herzerreissend genug vorstellen, die von anderen Parteien gern Kandidaten mit Namen wie **Kellenberger-Schwaller** vorgeschützt bekommen und dann daraus was Witziges machen sollen. Nicht so bei der Alternativen Liste. Die hatte den **Richi Wolff** («Wolff mit Biss»), heute Zürcher Stadtrat, und weil das so gut geklappt hat, schiebt sie jetzt als Regierungskandidat den **Walter Angst** nach («Angst macht Mut»). Man könnte wirklich meinen, die AL habe Glück. Man sah das Plakat am Bahnhof, konnte sich ein Lächeln nicht verkneifen, zog dann um die Häuser, und als man am nächsten Morgen aufwachte, stellte man fest, dass dieser Slogan es geschafft hatte, sich über Nacht im Gehirn festzubeissen. Wie ging der nochmal? Ah, ja, genau: «Wolff macht Angst.» (hub)

ANZEIGE



Rosmarie Quadranti in den Regierungsrat Mitglied des EXIT-Patronatskomitees

Selbstbestimmung im Leben und im Sterben **exit**